DIE SGB VIII-Novelle

Ein Schreckgespenst geht um……

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Bremen, den 1.6.2017

Inhalt

- Interessenslagen.
- Diverse Arbeitsentwürfe & Stand der Dinge.
- Bund-Länder-Lagen.
- „Kinder und Jugendstärkungsgesetz“ im Verfahren
- Ausblick.
- DIE LINKE.

SGB VIII-Novelle – Interessenslagen/Hintergründe

- Koalitionsvertrag: Weiterentwicklung HzE & inklusive Lösung.
- Manuela Schwesig/BMFSFJ: Erfolge - Inklusion verwirklichen.
- Wolfgang Schäuble/Bundesfinanzministerium: Durchgriffsmöglichkeiten im Rahmen der schwarzen Null.
- Koalitionszank und Koalitionsverschiebebahnhof (u.a. Bayrischer Sonderweg).
- Wahlkampflogik – Erfolg/Misserfolg als Erfolg.
- Schwarze Null (Verfassungsrang).
- Personalrochade – Wer ist und was will Katharina Barley?

SGB VIII-Novelle – Interessenslagen/Hintergründe

- 16 Länder mit individuellen Problemlagen und Interessen.
  - Weitestgehend Einigkeit: Weiches Gesetz, Kostenentwicklung eindämpfen.
  - Dissens: „A-Länder-Papier“-Logik (Sozialraum statt HzE – Vergabeverfahren), Abweichungsrechte u.a. für UMA/UMF.
- Kommunen: Kostenentwicklung eindämpfen, „Kämmerer-Denke“, Legalisierung von derzeit illegalen Praxen – Abhängig von Fachlichkeit und Professionsverständnis.
- Verbände/Fachwelt/Beschäftigte: Fachlichkeit, Planungssicherheit, Überleben der Mitglieder/-innen, Arbeitsbedingungen.

→ Wie ist das unter einen Hut zu bekommen?

→ GE muss durch Kabinett, Bundestag, Bundesrat.

Stand der Dinge – Ein Gesetzentwurf entsteht? (2016)

- Januar 2016: Manuela Schwesig kündigt Referatsentwurf für erstes Quartal 2016 an (ASFSFJ, Vorhabenplanung).
- April 2016: Erste Arbeitsentwürfe (6. & 22.4) zu neu formulierten §§ 27-41 tauchen auf.
- Juli/August 2016: Erster & zweiter Gesetzentwurf kursieren (Arbeitsentwurf vom 7.6. & 23.8.).
- September 2016: Drei Verbändeanhörungen (Kinderschutz, HzE/Pflegekinder, Inklusion) und eine Abschlussveranstaltung.
- Dezember 2016: Formulierungsvorschläge HzE-Reform (5.12.).

→ Alle Arbeitsentwürfe stoßen auf massiven Widerstand und fachliche Bedenken.

Stand der Dinge – Ein Gesetzentwurf entsteht? (2017)

- Januar 2017: Manuela Schwesig kündigt dreistufige Vorgehensweise an (ASFSFJ, Vorhabenplanung):
  - Kleine Novelle noch in der 18. WP.
  - Dialogforum Inklusion (Abschluss noch vor der Sommerpause).
  - Große Novelle in nächster WP (Präzisierung im Koalitionsvertrag).
- Februar 2017: Arbeitsentwurf geht in die Frühabstimmung im Kanzleramt (Arbeitsentwurf 3.2.2017). Positive Rückmeldung, Ball geht zurück ins BMFSFJ.

Stand der Dinge – Ein Gesetzentwurf entsteht! (2017)

- März 2017: Referatsentwurf wird vorgelegt (17.3.2017 – Verbände- und Länderstellungnahme und -anhörung 24.3.).
- April 2017: Gesetzentwurf wird vorgelegt (12.4.2017)

→ Vorlauf: Sieben Arbeitsentwürfe (inkl. Referatsentwurf) in 12 Monaten.

- Toller Name: *„Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG)“*

→ ein „transparentes Verfahren“ unter Beteiligung der Fachwelt in „intensiven Diskussionsprozessen“…..

→ „alle Entwürfe standen im Netz“.

→ Da wo noch „Diskussionsbedarf“ bestehe würde weiterdiskutiert werden.

Arbeitsentwurf IV vom 23.8.2016

- Größte Reform des SGB VIII seit bestehen. Zwei Teile: Reform SGB VIII ab 2017 sowie inklusive Lösung ab 2022.
- Erster Teil (unvollständige Auswahl):
  - Vorrangangebote im Sozialraum vor/statt HzE, Aufsplitten und Beschneiden (Rest-)HzE (HzE für Kinder/Jugendliche, „Leistungen zur Stärkung der Erziehungskompetenz“ für Eltern), Hilfeplanung, Streichung Rechtsansprüche junge Volljährige, Legalisierung Vergaberecht, Betriebserlaubnis/-aufsicht, Auslandsmaßnahmen, Einrichtungsbegriff, Pflegefamilien, Kinderschutz, Ombudsstellen (nur Kann-Regelung), eigenständiges Beratungsrecht.
- Zweiter Teil: Inklusive Lösung, Zusammenlegung Eingliederungshilfe & HzE, komplette Neuformulierung der §§ 27-41.

Arbeitsentwurf VI vom 3.2.2017

- Wesentliche Punkte:
  - Vorrangangebote im Sozialraum vor/statt HzE, Aufsplitten und Beschneiden (Rest-)HzE (HzE für Kinder/Jugendliche, „Leistungen zur Stärkung der Erziehungskompetenz“ für Eltern), Hilfeplanung, Betriebserlaubnis/-aufsicht, Auslandsmaßnahmen, Einrichtungsbegriff, Pflegefamilien, Kinderschutz, Ombudstellen (Kann-Regelung), eigenständiges Beratungsrecht.
- Berücksichtigung der Verbändeanhörung?

→ Viel Bewegung in der Sache, aber Treue in zentralen Punkten…

→ Neben „Kröten“ immer auch „Progressives“

Referatsentwurf VII vom 17.3.2017

- Wesentliche Inhalte
  - HzE ist raus, Ombudsstellen (nur Kann-Regelung), eigenständiges Beratungsrecht, Bildungseinrichtungen Kitas.
  - NEU: Neuformulierung § 1 (Ziel SGB VIII relativiert!), § 36b „Übergangsmanagement“ für bald Volljährige.
  - Hilfeplanung, Betriebserlaubnis/-aufsicht, Auslandsmaßnahmen, Einrichtungsbegriff, Pflegefamilien.

→ Viel Bewegung in der Sache, aber Treue in zentralen Punkten…

→ Neben „Kröten“ immer auch „Progressives“

Referatsentwurf VII vom 17.3.2017

- Neuformulierung § 1

§ 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe

(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer möglichst selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Ein junger Mensch hat Teil an der Gesellschaft wenn er in alle ihn betreffenden Lebensbereiche einbezogen ist; dies ist der Fall, wenn er entsprechend seinem Alter Zugang zu allen ihn betreffenden Lebensbereichen hat, die Möglichkeit hat, in diesen Lebensbereichen selbstbestimmt zu interagieren sowie die Möglichkeit zur Interaktion in einem seinen Fähigkeiten entsprechenden Mindestmaß wahrnimmt (Teilhabe am Leben).

Koalitionsausschuss 29.3.2017

7. Frauen und Kinder in Flüchtlingsunterkünften/ Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

   Der Koalitionsausschuss beschließt, folgende Regelungen in die geplante Änderung des SGB VIII aufzunehmen:

   - bundesgesetzliche Regelungen zu Schutzkonzepten für Frauen/ Kinder in Flüchtlingsunterkünften,
   - Steuerungsmöglichkeiten der Länder bezüglich der Kosten von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 12.4.2017

- Nochmal massive Veränderungen gegenüber Referatsentwurf (Auswahl):
  - Einschränkung Jugendwohnen in § 13(3).
  - Massive Beschneidung/Einschränkung HzE durch Satzersatz in § 27(2).
  - Übergangsmanagement abgeschwächt in § 36b.
  - Zweiklassen-Jugendhilfe für UMA/UMF in § 78f.
  - Heftig in der Diskussion: Pflegefamilien und Hilfeplanung.
- Positive Medienresonanz! Mehr Rechte für Kinder und Jugendliche, besserer Kinderschutz…..

Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 12.4.2017

§ 27 Hilfe zur Erziehung […] (2) Hilfe zur Erziehung wird insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. ~~Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden~~. Die Hilfe ist in der Regel im Inland zu erbringen; sie	**§ 27 Hilfe zur Erziehung** […] (2) Hilfe zur Erziehung wird insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. **Unterschiedliche Hilfearten können miteinander kombiniert werden, sofern dies dem erzieherischen Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht**. Die Hilfe ist in der Regel im Inland zu erbringen; sie darf nur dann

Die Länder – Immer gut für eine Überraschung

- Hintergrund: Kostensteigerungen in der Kinder- und Jugendhilfe – hier vor allem Kita, UMF/UMA, Stationäre Unterbringung und HzE.
- Steigende Kitakosten werden nicht thematisiert.
- Stoßrichtungen:
  - Demontage HzE (vor allem Hamburg - sog. „A-Länder-Papier“).
  - Ausgabenbegrenzung bei UMF/UMA und Einrichtung einer Zwei-Klassen-Jugendhilfe (vor allem Bayern, Hessen aber auch Baden-Württemberg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt).
  - Begrenzung auf Minderjährige.
  - Forderung nach Abweichungsrechten (u.a. bei Bund-Länder-Finanzbeziehungen).

Die Länder & der Bund – unvollständiger Einblick

- MPK Dezember 2015 (im Rahmen der Bund-Länder-Verhandlungen): Mehr Steuerungsmöglichkeiten in Kinder- und Jugendhilfe sowie Eingliederungshilfe.
- Schäuble-Papier April 2016 (im Rahmen der Bund-Länder-Verhandlungen): „Regionalisierung“ der Sozialgesetzgebung – Abweichungsrechte in Kinder- und Jugendhilfe sowie Eingliederungshilfe. Länder lehnen Bundesvorstoß auf Grund direkter Zugriffsmöglichkeiten durch BMF ab.
- Bund-Länder-Verhandlungen September/Oktober 2016: „Regionalisierung“ ist vom Tisch.

Die Länder & der Bund – unvollständiger Einblick

- MPK Oktober 2016: Vorstoß Bayerns (u.a. Vorrang Jugendsozialarbeit/Jugendwohnen vor HzE, Einschränkung der Rechte junger Volljähriger) in MPK gescheitert aber massive Unterstützung für Bayerns Vorhaben (Protokollerklärung: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt).
- Länderstellungnahme zu Arbeitsentwurf SGB VIII im November 2016 (Rücknahme einiger strittigen Punkte, aber: schweigt zu jungen Volljährigen, Uma/UmF, Rechtsansprüche werden nicht gestärkt, Inklusion unkonkret – Autor Dirk Bange HH).
- Was folgt als Nächstes? Die Länder werden weiter machen!

Gesetzentwurf im Verfahren – Der Fahrplan

- Erste Lesung GE am 18.5. und Überweisung in Familienausschuss (ASFSFJ)
- Fachausschüsse des Bundesrates (BuRa) haben getagt und Empfehlungen abgegeben (60 ÄAs im Fachausschuss, ebenso viele Empfehlungen).
- Am 2.6. Stellungnahme BuRa zum GE und Übermittlung an Bundestag.
- Fachanhörung im ASFSFJ am 19.6.
- Abschließende Beratung im ASFSFJ am 28.6.? Welche ÄAs werden hier überraschend eingespeist?
- 2./3. Lesung am 30.6. (letzter regulärer Plenartag in 18. WP)?
- GE am 7.7. zur Verabschiedung im BuRa ?

Gesetzentwurf im Verfahren – Der Bundesrat empfiehlt?

13. Zu Artikel 1 Nummer 18a - neu - * (§ 41 Absatz 1 und Absatz 3 SGB VIII)

In Artikel 1 ist nach Nummer 18 folgende Nummer 18a einzufügen:

'18a. In § 41 Absatz 1 Satz 1, 2 und Absatz 3 wird jeweils das Wort "soll" durch das Wort "kann" ersetzt.'

6. Zu Artikel 1 Nummer 8 (§ 13 Absatz 3 Satz 1 SGB VIII)

In Artikel 1 Nummer 8 sind in § 13 Absatz 3 Satz 1 nach den Wörtern "Angebot nach Absatz 2" die Wörter "oder an einer schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahme oder bei der beruflichen Eingliederung" einzufügen.

Gesetzentwurf im Verfahren – scheitert die Novelle?

- Verhandlungen zwischen Bund-Ländern wegen Bundesrat-Zustimmung? Ist der Bund bereit, weitere Mittel für die Länder bereitzustellen oder Abstriche im Gesetzentwurf vorzunehmen?
- Verhandlungen in GroKo:
  - Massive Vorbehalte in Union (Kauder, Weinberg, Lehrrieder, Schön), verbales Überholen der SPD von Links…
  - Kritik in der SPD bei Treue zu Manuela Schwesig und Hoffnung auf Katharina Barley.
  - Was macht die „Neue“?
  - Möchte die Union die SPD wahlkampftauglich vorführen?
  - Ergebnisse Koalitionsausschuss – verbindlich?

Wir beobachten

- Einbindung Verbände, Fachwelt, Beschäftigte/Betroffene? Verärgerung durch erneute Überrumpelung.
- Neue Kommunikationslinien im Umlauf: „vernünftiger Kompromiss“ „vs. Dauernörgler“ → Spaltversuch.
- Unberechenbarkeit bleibt…
  - Was kommt tatsächlich?
  - Was machen die Länder?
  - Hält der Koalitionsfrieden?
  - Was wird erst mit der Verabschiedung eingespeist? GE und ÄA….

Was bedeutet dies für uns?

- Die SGB VIII-Novelle wird uns in der nächsten Wahlperiode begleiten → weitermachen und direkt auf die Koalitionsgespräche einwirken!
- Übersetzungsarbeit:
  - Fachwelt.
  - Beschäftigte.
  - Gesellschaft.
- Druck in den Ländern aufbauen!

→ Haben sich die Akteure GroKo/Bund-Länder geeinigt, wird das Ding durchgepeitscht!

DIE LINKE und die Novelle

- DIE LINKE im Bundestag trägt keinen Leistungsabbau mit.
- Der Verfassungsgrundsatz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet ist unverhandelbar.
- Mehr verbindliche Regelungen im SGB VIII, weniger „kann“ und „soll“.
- Stärkung der Selbstorganisation, bessere Finanzausstattung der Kommunen, Stärkung Landesjugendämter.
- Inklusion/Teilhabe als eigenständige Tatbestände im SGB VIII.
- Enge Abstimmung mit „unseren“ Landesregierungen (Thüringen, Berlin, Brandenburg).

Vielen Dank!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG